



PI-RAT



Politische Informationen vom FachschaftsRat Erziehungswissenschaft - Extraausgabe No. 3 / SoSe2011

ANDREAS DRESSEL:

**Wir sorgen mit
viel Süßigkeiten
dafür, dass die
Abgeordneten
während Sitzungen
nicht ständig
eine Wurst
essen müssen!**

**WENIGER
IST
MEHR**

SPD

Sieh' die Zeichen auf
www.handelskammer-hamburg.de

ANDREAS DRESSEL,
SPD-Fraktionsvorsitzender



Sieh' die Zeichen für die
Alternativlosigkeit der Senats-
politik und Kürzungen bei den
Hochschulen auf
www.handelskammer-hamburg.de

Initiative "Mehr Standort und Schuldenbremse für Hamburg"

Bilanz eines Protestsemesters

Für den Februar diesen Jahres lud der Akademische Senat (AS) der Uni Hamburg anlässlich der anstehenden Bürgerschaftswahl die üblichen Parteien zu einer Sondersitzung ein, um mit ihnen die weitere Entwicklung der Hochschule zu diskutieren. In einer schriftlichen Antwort der SPD auf die in diesem Zusammenhang vom AS aufgestellten Wahlprüfsteine heißt es unter anderem: *"Eine der Stärken der Universität Hamburg ist ihre Fächervielfalt. Diese Stärke gilt es zu erhalten und auszubauen. Der Charakter als Volluniversität darf deshalb nicht zur Disposition stehen, was sich auch in der Finanzierung widerspiegeln muss."*¹

Inzwischen stellt die SPD mit absoluter Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft den Senat. Dessen bislang bemerkenswerteste Amtshandlung ist die Aufstellung eines Doppelhaushalts für 2011/12, der insbesondere für die Hochschulen massive Einschränkungen vorsieht. Seither befinden sich Hamburgs Hochschulen im Aufstand. Wir wollen hier eine Zwischenbilanz der Auseinandersetzungen ziehen und einen Ausblick auf kommende Aktivitäten geben.

Erwartung und Notwendigkeit versus Technokratismus und fortgesetzte Übel

Der wesentliche Grund dafür, dass die Hamburgerinnen und Hamburger Anfang des Jahres überhaupt vorgezogen eine neue Bürgerschaft wählen durften, war der wachsende Widerspruch zwischen der Politik der bis dahin amtierenden schwarz-grünen Landesregierung und den Interessen und Ansprüchen der Mehrheit der Bevölkerung. Nicht zuletzt aus den Hochschulen wurde massiver Unmut demonstriert und für bessere Möglichkeiten eingetreten: immer wieder gegen den Unsinn der Studiengebühren und für sozial offene Bildung und Wissenschaften, gegen den geplanten Wahnsinn der Verlagerung der Uni in den Hafen und für ihren geschichts- und kulturbewussten Ausbau in Eimsbüttel, gegen die autoritäre, rüstungsforschen-

de Hochschulpräsidentin Auweter-Kurtz als verlängerter Arm des Senats, für echte demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen.

An ihr Koalitionsende gerieten CDU und GAL schließlich, als sie Ende 2010 einen Haushaltsentwurf vorlegten, der massive Einsparungen für Bildung, Soziales und Kultur vorsah. Die Öffentlichkeit hatte die Nase voll und der Senat war nicht mehr zu halten.

So verband sich gerade in den Hochschulen der Regierungswechsel in Hamburg mit der Erwartung eines echten Kurswechsels zumindest in der Wissenschaftspolitik. Der neoliberale Wissenschaftsmanager im Rang eines Senators Jörg Dräger und später die Verwalterin seines Erbes Herlind Gundelach haben in den Hochschulen einen Trümmerhaufen hinterlassen, der dringende Aufklärungsarbeiten erfordert: Eine durchhierarchisierte Selbstverwaltung im krassen Widerspruch zu den Kooperationsnotwendigkeiten von Bildung und Forschung, eine in jeder Hinsicht dysfunktionale managementartige Verwaltung, bildungsfeindliche Studiengebühren, forschungsfeindliche Drittmittelabhängigkeit, studiumsfeindliche Studiengänge, lehrwidrige leistungsbezogene Mittelvergabe, die fortgesetzte systematische Unterfinanzierung und nicht zuletzt die reale Verschleppung der dringend notwendigen Sanierung der Gebäude.

Dagegen hat die Universität regelmäßig dafür argumentiert, dass eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaft ausreichender Mittel, der sozialen Offenheit und demokratischer Entwicklungsmöglichkeiten bedarf.

Mit seinem nun vorgelegten Kürzungshaushalt begibt sich auch der neue Senat in offenen Widerspruch zu den Entwicklungsnotwendigkeiten und berechtigten Erwartungen. Denn für alle Elemente einer vernünftigen Perspektive für die Hochschulen benötigen diese auch Geld: Für die umfassende kritische Weltaneignung in der Vielfalt der wissenschaftlichen Disziplinen, für die

Öffnung des Bachelor zum Master, für die Re-Installation demokratischer Gremien, für die Abschaffung der Studiengebühren, für die ökonomische Unabhängigkeit der Forschung, für die bauliche Weiterentwicklung, für die Beseitigung der Überlast in der Verwaltung, eben für alles.

Stattdessen bewegt sich die SPD-Regierung weiter auf dem Pfad von Technokratismus und Ausflüchten: Zum einen seien die Kürzungen bedauerlich aber haushaltstechnisch alternativlos und zum anderen gäbe es eigentlich gar keine Kürzungen. Ja wat denn nu?

Eingreifende solidarische Hochschulen

Mit dem jetzigen massiven Widerstand der Hochschulen aber hat die Regierung offenkundig nicht gerechnet. Insbesondere an der Universität haben die Kampagnen gegen "Rakten-Moni" und Dieter "Exzellenzen", "Für gebührenfreies Studium" sowie für "Uni bleibt" eine Grundlage für den souveränen Standpunkt gebildet, von dem aus aktuell eine Umkehr gegen die Kürzungsvorhaben vertreten wird.

So gelang es bereits eine Woche nach Bekanntwerden der Kürzungsvorhaben im Akademischen Senat am 12. Mai 2011 nicht nur eine Resolution zur Zurückweisung der Kürzungspläne zu verabschieden sondern diese Position auch mit einem umfangreichen Forderungskatalog zu verbinden.

Wesentliche Punkte diese "Anforderungen der Universität an den neuen Senat"² sind:

- *"Die Studiengebühren sind zum WiSe 2011/12 abzuschaffen. [...] Studiengebühren stehen einer demokratischen Studienreform entgegen, weil sie sozialen Druck und damit Mangel an Zeit bedeuten sowie ein Kunden/Dienstleisterverhältnis konstituieren sollen."*

- *"Für die verantwortungsvolle Verwirklichung der gesellschaftlichen Aufgaben der Universität, wie sie im Leitbild*

¹ http://www.bae-hamburg.de/IMG/pdf/2011-02-03_AS-Wahlprüfsteine-Anwort_der_SPD.pdf

² http://www.uni-hamburg.de/Kampf_um_die_Zukunft/Beschluss_AS_12_Mai_2011.pdf

gefasst sind, ist die Überwindung ihrer Unterfinanzierung unerlässlich. [...] Die Universität will damit einen Beitrag zur zivilen, ökologisch nachhaltigen, sozial verantwortlichen und demokratischen Entwicklung der Gesellschaft leisten."

- "Verbesserungen bei den Mitwirkungsverfahren der Hochschulangehörigen, die eine Beteiligung an Entscheidungen der Hochschule vorsehen und die Entwicklung der Wissenschaft, und dafür auch die Entwicklung der Hochschule, in die Hände ihrer Mitglieder legen."

- "Die derzeitigen Probleme mit den Bachelor- und Masterstudiengängen machen eine umfassende Studienreform erforderlich. [...] Der Master muß zum Regelabschluß werden."

- "Die aufgeklärt bürgerliche Gründungsgeschichte, ihre widersprüchliche Entwicklung im jüdischen Viertel und ein demokratischer Aufbruch mit der Ambition, Humboldt'sche Bildungsansprüche gesellschaftlich zu verallgemeinern, prägen die Entwicklung der Universität und kommen auch baulich zum Ausdruck. [...] Sie liegt zentral, ist hervorragend regional und überregional erreichbar, belebt den umgebenden Bezirk ökonomisch, kulturell und sozial und gedeiht durch die gesellschaftliche Integration ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen. Diese Elemente sind bei der baulichen Entwicklung der Hochschule zu wahren und weiterzuentwickeln."

Mit diesem Beschluss im Rücken sind seither vielfältige Proteste entfaltet worden. Über 45.000 Unterschriften gegen die Kürzungsvorhaben und mit der Begründung "Bildung und Wissenschaft für eine humane, demokratische und gerechte Gesellschaft machen wesentlich bessere Bedingungen erforderlich" sind inzwischen gesammelt worden. Vorlesungen im öffentlichen Raum haben auf die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Wissenschaft aufmerksam gemacht. Besonders intensiv ist dies gelungen im Rahmen eines einwöchigen "Bildungscamps" auf dem Jungfernstieg. Flashmobs wurden durchgeführt und in öffentlichen Veranstaltungen die Wissenschaftssenatorin zur Rede gestellt.

In diversen Vollversammlungen wurde informiert, diskutiert und kritisch gegen die Kürzungen für verantwortungsvolle Wissenschaften Stellung bezogen.

Warum mehr manchmal weniger ist.

Nach anfänglichem Bedauern über die "schmerzlichen" aber angeblich unausweichlichen Kürzungen für die Hochschulen hat die Wissenschaftssenatorin inzwischen auf eine neue Linie der Rechtfertigung eingeschwenkt: Die Hochschulen bekämen gar nicht weniger, sondern mehr Geld.

Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit.

Was stimmt ist: Im Jahr 2010 erhielt die Uni über den Wissenschaftsetat 242,5 Mio. € für 2011 sollen es 244,3 Mio. € werden, für 2012 sogar 244,8 Mio. € Allerdings verbergen sich die Kürzungen an anderen Stellen.

Erstens: Die Etatsteigerungen gleichen nicht einmal die Inflation aus, die für die Sachmittel relevant ist. Wurde in den vergangenen Jahre der Inflationsausgleich noch nachträglich gezahlt, soll dies in Zukunft nicht mehr geschehen.

Zweitens: Eine wesentliche Kürzung wird durch einen Haushaltstrick verschleiert. Die "globale Minderausgabe" in Höhe von ca. 5 Mio. € funktioniert so, dass der Betrag zwar im Etat noch vorhanden ist, aber eben nicht ausgegeben werden darf.

Drittens: Viele Etat einschränkungen haben die Gestalt einer Mehrausgabe.

Wurde z.B. das Lehrerprüfungsamt früher von der Behörde finanziert, muss die Uni dieses nun aus ihren eigenen Mitteln tragen.

Viertens: Die Kompensationszahlung für die Differenz zwischen den alten Studiengebühren (500€) und den neuen nachgelagerten (375€) in Höhe von ca. 2 Mio. € ist, bzw. war ein Extra-Posten zusätzlich zum Grundzuschuss. Dieser Extra-Posten ist nun gestrichen.

So kommt es also, dass die Uni nominell zwar mehr Geld zugewiesen bekommt, real aber gegenüber 2009 Kürzungen im Umfang von ca. 20 Mio € zu verkraften hätte.

Damit das nicht so kommt, müssen wir uns weiter engagieren.

Weitere Infos zu den konkreten Zahlen gibt es unter:

http://www.uni-hamburg.de/Kampf_um_die_Zukunft/hintergrundinfos.html

und hier:

http://www.fsrk.de/artikel_245.html

Zuletzt ist dies gelungen in einer gruppenübergreifenden Vollversammlung am 30. Juni 2011 von über 1.000 Studierenden, Lehrenden und Technischem und Verwaltungspersonal, die eine Resolution³ verabschiedete in der es u.a. heißt:

"Das gemeinsame Vorgehen gegen die Vorhaben des Senats wird fortgeführt - im Sinne der Universität und ihrer Angehörigen sowie für die Zukunft der ganzen Gesellschaft. Mehr Wissen schafft mehr! Verbesserungen in Bildung und Wissenschaft sind genauso unverzichtbar wie bei Sozialem und Kultur."

Erfreulich ist neben dieser neuen Qualität inneruniversitärer Solidarität auf Grundlage fortschrittlicher gesellschaftlicher Entwicklungsambitionen, dass auch über die Hochschulen hinweg die Institutionen sich nicht spalten las-

sen und alle staatlichen Hochschulen auf gemeinsamer Linie agieren.

Dies gipfelte in einer hochschulübergreifenden Großdemonstration am 7. Juni 2011, zu der sowohl alle Allgemeinen Studierendenausschüsse, als auch die Hochschulsenate bzw. Präsidien aller staatlichen Hochschulen u.a. mit folgendem Text⁴ aufgerufen hatten:

"Entschieden weisen wir die Kürzungsvorhaben des Senats zurück. Sie gefährden die Hochschulen und damit die Bildung und Ausbildung der Hamburgerinnen und Hamburger substantiell, blockieren innovative Forschung und behindern den Erkenntnisfortschritt, der für eine zivile, ökologisch nachhaltige, sozial verantwortliche und demokratische Entwicklung der Gesellschaft nötig ist. Der Schaden der Hochschulen wäre ein Schaden der Allgemeinheit."

Hieran schlossen sich u.a. die Forderung

³ http://www.uni-hamburg.de/Kampf_um_die_Zukunft/resolution_VW.pdf

⁴ <http://fsrk.de/IMG/pdf/Sternmarsch.pdf>

nach Ausbau der Studienplätze, Erhalt der Fächervielfalt, Masterzugang für alle Bachelor-Studierenden, sofortige Abschaffung der Studiengebühren und wirkliche Hochschulautonomie an. Knapp 15.000 Menschen waren für diese Positionen auf der Straße.

Etwas losgelöst von der Mitgliederbasis der Hochschulen agiert die "Uni Marketing GmbH", die nicht nur die logistische Unterstützung der Proteste als "BUM" übernommen hat, sondern u.a. auch die Ansprache von "bekannten Persönlichkeiten" für Solidaritätsbekundungen. Statt einer gesamtgesellschaftlichen humanen Entwicklungs-Perspektive wird hier auf den überall verhängten Plakaten bisweilen noch das neoliberale Dogma der Standortkonkurrenz bedient. Etwa wenn der Geschäftsführer der GmbH sich zitieren lässt mit den Worten: "Harvard, Hamburg, Cambridge: Das wär' doch mal 'ne gute Werbung". Während gerade Naturwissenschaftler noch meinen, sich über den ökonomischen Output ihres Treibens legitimieren zu müssen: "Wissen ist unsere wichtigste Ressource. Ihre Förderung müssen wir steigern - nicht drosseln" (Prof. Hahn, Biochemie und Molekularbiologie), ist bei den Statements außeruniversitärer Prominenz zwar ein gewisses Lokalkolorit dominant, aber ohne den Konkurrenzgedanken. Nicht selten wird aber auch eine emanzipatorische Perspektive vertreten: "Hamburgs Zukunft: Immer mehr Millionäre, immer weniger Uni - muss das sein?" (Uwe

Timm, Schriftsteller), "Mehr Wissen hilft dem Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit" (Ulrich Wickert, Journalist) oder "Wer bei der Vertiefung des Wissens spart, investiert in die Einfalt" (Roger Willemsen, Moderator).

Kurz sagt es der Pressesprecher der Fachhochschule Lübeck, Frank Mindt: "Wer kürzt, hat was zu verbergen".

Was ist erreicht, was kommt noch?

Einer der größten Erfolge der Proteste ist bereits jetzt die neue Qualität inner-universitärer Solidarität in Einheit mit der Ambition einen Beitrag zu einer humanen Entwicklung der Gesellschaft leisten zu wollen. Dies eröffnet aktuell auch neue Möglichkeiten für die Revision der stark (arbeits-)marktorientierten Ba/Ma-Studiengänge zu Gunsten emanzipatorischer Bildung. Während sich oberflächlich an der Haushaltspolitik des Senats noch nichts geändert hat, finden in Wirklichkeit bereits kleine Korrekturen statt. So soll die ursprünglich den Hochschulen zuge dachte "Minderausgabe" von 5 Mio. Euro auf einmal nicht mehr durch die Hochschulen, sondern aus der Behörde selber zu erbringen sein. Auch lässt die Senatorin offen, ob notwendige gesetzlichen Änderungen noch rechtzeitig gelingen, die den Hochschulen erhebliche Kosten für die Verwaltung der Studiengebühren auferlegen würden.

Näheres zu den konkreten Zahlen findet Ihr im Infokasten.

Bereits in den wenigen Wochen seit Anfang Mai haben wir also einiges bewegen können. Die Abschließende Befassung des Haushaltes ist für Ende November geplant - genug Zeit also, um die erforderliche Kehrtwende zu erwirken.

Für die nächste Zeit ist daher zweierlei beabsichtigt: Zum Einen soll die gesellschaftliche Funktion von Bildung und Wissenschaft noch stärker reflektiert und in die öffentliche Debatte gebracht werden, z.B. in der "Langen Nacht des Wissens" Ende Oktober, sowie in einer uniweiten Aktionswoche zu Semesterbeginn. Zum anderen wird erforderlich sein, das Kürzungsdogma des Senats stärker zu attackieren. Noch in der letzten Semesterwoche wird daher zum Beispiel vor dem Hauptgebäude eine Schulden- und Vermögensuhr installiert. Die dokumentiert, dass zwar Hamburgs Schulden sekundlich um 23 Euro wachsen, im selben Intervall aber das Vermögen der reichsten zehn Prozent der Hamburger Bevölkerung um 231 Euro wächst. Ein Schelm, wer dabei an Möglichkeiten der staatlichen Einnahmesteigerung denkt.

Für alles weitere: Tragt Euch im Edcommsy-Raum "Kampf um die Zukunft" ein. Dort findet ihr alle Infos, Aktionen und Termine und die Möglichkeit zur Diskussion.

"Schöne neue Bildung? - Zur Kritik der Universität der Gegenwart" Buchneuerscheinung

Anfang Mai ist der Band "Schöne neue Bildung? Zur Kritik der Universität der Gegenwart" in der Reihe 'Theorie Bilden' des transcript-Verlags erschienen. Ausgangspunkt für das Zustandekommen dieses Bandes war die gleichnamige Konferenz, die im Juni 2010 an der Fakultät EPB der Uni Hamburg stattgefunden hat.

In dem 240-seitigen Band sind insgesamt 14 Artikel zu den Themen 'Schöne neue Bildung', 'Kritische Analysen zum Struktur und Funktionswandel der Universität', 'Reflexionen über Idee und Aufgabe der Universität' und 'Bologna-Prozess: Umgangsweisen, Kritik und Perspektiven' versammelt. Sie stammen u.a. aus den Federn von Professoren und Professorinnen, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden der Fakultät EPB und zeichnen aus historischer, philosophischer, pädagogischer sowie sozialpolitischer Perspektive ein kritisches Bild der Universität der Gegenwart.

Wer Interesse an dem Erwerb des Buches hat, kann es über den Fachschaftratsrat bestellen.

Wir versuchen dann, es im Rahmen einer Sammelbestellung günstiger als im regulären Buchhandel zu bekommen. Schreibt dafür einfach an fsr-erzwiss@gmx.de.

Für weitere Informationen zum Buch siehe: <http://transcript-verlag.de/ts1751/ts1751.php>.

